Institut für interkulturelle
weltgewandt.
politische Bildung e.V.

Flämingstraße 122
12689 Berlin

fon +49 (0)30 22808235
info@weltgewandt-ev.de
www.weltgewandt-ev.de

Talk ohne Show: Gesprächssalon

Soziale Spaltungen und globale Wanderungsbewegungen

Unter dem Titel „*Durst nach Geld – Hunger nach Gerechtigkeit. Eine soziale Politik für Geflüchtete und Deutsche?*“ lud ***weltgewandt.*** Institut für interkulturelle politische Bildung am Mittwoch, 21.11.18, 19.30 Uhr ins Jugendzentrum Betonia zu einer Diskussion über Fragen der **sozialen Integration**. Das Gespräch wurde geführt mit **Ulrike Herrmann**, Wirtschaftskorrespondentin der taz/tageszeitung und Autorin u.a. von „Der Sieg des Kapitals“ und „Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung“. Ihre Überlegungen wie auch die Diskussion mit dem Publikum wurden ins Arabische übersetzt.

Ausgangspunkt war die Frage, ob Geflüchtete den schon länger Ansässigen die **Arbeitsplätze 'wegnehmen'** würden. Frau Herrmann verwies auf Schätzungen, wonach in den nächsten Jahren **300.000 Fachkräfte** jährlich benötigt würden. Dies beträfe unterschiedliche Berufsgruppen wie etwa Pfleger/innen, Busfahrer/innen, handwerkliche Berufe, aber auch Menschen, die im Bereich IT sowie der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer qualifiziert seien. Grund hierfür sei unter anderem, dass die Generation der „Babyboomer“ (der zwischen 1948-1965 Geborenen) in Rente ginge und dadurch in erheblicher Anzahl Stellen frei würden. Schon jetzt seien 1,2 Millionen Stellen unbesetzt. (*Anmerkung S.B.:* Diese Zahl veröffentlichte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.) Es werde angenommen, so Frau Herrmann, dass im Jahr 2035 Vollbeschäftigung herrschen könne, obwohl 300.000 Fachkräfte pro Jahr zusätzlich ins Land kommen würden.

Dem schloss sich die Frage an, ob Arbeitgeber/innen auch deshalb ein Interesse an Zuwanderung hätten, da eine vermehrte Zahl von Arbeitssuchenden es ermögliche, **Lohnerhöhungen** zu umgehen. Die Antwort von Frau Herrmann fiel eindeutig aus: In Deutschland müsse dringend der **Mindestlohn erhöht** werden. Gern auf 15,00 € pro Stunde, doch realistisch seien momentan 12,00 € pro Stunde. Aus dem Publikum kam daraufhin die Frage, ob nicht ein europäischer oder gar weltweiter Mindestlohn angebracht sei. Dies wurde tendenziell bejaht, sei jedoch noch nicht umsetzbar.

Das Problem sei, dass das BIP (Bruttoinlandsprodukt) in Deutschland seit dem Jahr 2000 um 31% gestiegen sei, die Reallöhne aber nur um 5%. Das heißt, die Kapitalquote bzw. Unternehmensgewinne hätten überproportional zugenommen. Dies sei nicht zuletzt Folge der **Hartz-Reformen** und der 1999 vereinbarten Lohnzurückhaltung mit den Gewerkschaften. Frau Herrmann 'outete' sich als Mitglied der Partei Bündnis 90/Die Grünen, was sie nicht hinderte, das rot-grüne Projekt der Agenda 2010 deutlich zu kritisieren. Hartz IV sei mit der Schaffung eines Niedriglohnsektors einher gegangen. Die Folgen seien absehbar: Prekäre Beschäftigung erzeuge unweigerlich Altersarmut.

Es wurde deutlich: Das Gelingen der Integration in den Arbeitsmarkt ist auch abhängig von der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Gesellschaft, in die Menschen einwandern. Gleichwohl gäbe es zahlreiche **Erfolgsbeispiele**. Frau Herrmann nannte die sog. Spätaussiedler sowie die Türkinnen und Türken in Kreuzberg und Neukölln. Eine große Zahl von ihnen sei selbstständig und betreibe kleine Geschäfte. „Niemand wird ärmer, wenn wir großzügig aufnehmen“, so ihr Resümee.

Das Problem allerdings sei, dass der Bedarf an Ungelernten nicht steige. Zugewanderte stünden daher wie die Alteingesessenen vor der Aufgabe, sich zu **qualifizieren**. Dies sei so unumgänglich wie das Erlernen der deutschen Sprache. Frau Herrmann sprach sich in diesem Zusammenhang auch für den „**Spurwechsel**“ aus. (*Anmerkung S.B.:* Dies betrifft Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber bereits eine Ausbildung abgeschlossen haben und arbeiten. Sie sollen unter das Einwanderungsrecht fallen und damit die Möglichkeit haben, in Deutschland zu arbeiten.) Insgesamt müsse man in längeren Zeiträumen denken. Das **Ankommen** in eine Gesellschaft dauere in der Regel rund **10 Jahre**.

Dennoch schaffen es nicht alle. Menschen, die **älter als 40-45 Jahre** alt sind, hätten in der Regel größere Schwierigkeiten, eine fremde Sprache zu erlernen und sich beruflich neu zu orientieren. Dies ließ auch im Publikum Erinnerungen an den Umbruch 1989/90 und die Transformation in den 1990er Jahren wach werden. Die Jüngeren hatten es damals deutlich leichter, neu anzufangen als die, die älter waren und sich großen Schwierigkeiten gegenüber sahen, eine Arbeit zu finden. Das heißt, wenn Zuwanderer andere verdrängen würden, dann beträfe dies vorrangig die gering oder nicht 'passend' Qualifizierten und damit jene, die auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen haben – seien

es Alt- oder Neu-Berliner. Daher müssten Bildung und Ausbildung im Vordergrund stehen bzw. eine sozial ausgleichende Politik.
Frau Herrmann stellte allerdings auch klar: „**Komplett offene Grenzen geht nicht.**“ Schon weil der Zuzug von qualifizierten Menschen eine Lücke in deren Herkunftsländern hinterlasse. Als Beispiel nannte sie die Abwanderung von Ärzten aus Rumänien oder Pflegepersonal aus Bosnien-Herzegowina in west- und nordeuropäische Staaten.

Das **Resümee** des Abends fiel klar aus:
1. Zuwanderung nach Deutschland ist nötig.
2. Die Mühen der Integration brauchen Zeit, Anstrengung und Geduld.
3. Schwierig ist es für die, die mangels Qualifikation, aufgrund ihres Alters und anderer Merkmale, die ihre 'Verwertbarkeit' beeinträchtigen, keine Arbeit fänden – seien sie langjährig Ansässige oder Zugewanderte.

Welche **Schlussfolgerungen** sind zu ziehen? *Bildung* und Ausbildung für alle sind unabdingbar. Um den sozialen Spaltungen entgegenzuwirken, sei eine deutliche *Erhöhung des Mindestlohns* nötig. Um die Wohnungsnot einzudämmen, müsse der Staat dafür sorgen, dass *Wohnraum* in seinen Besitz komme und er der Finanzwirtschaft als Objekt der Renditesteigerung entzogen werde.

Im Mittelpunkt des Austauschs standen damit soziale und wirtschaftliche Fragen. Kulturelle Unterschiede, Unsicherheit, Unkenntnis, Zweifel, aber auch Neugier an anderen Haltungen und Traditionen sollten damit nicht beiseite geschoben werden. Sie bieten Stoff für weitere Diskussionsabende.

Sophia Bickhardt
Projektleiterin weltgewandt. Institut für interkulturelle politische Bildung

Die Veranstaltung wurde durch den Aktionsfonds Partnerschaften für Demokratie Marzahn gefördert.